

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heidemarie Wright, Brigitte Adler, Ernst Bahr, Ingrid Becker-Inglau, Rudolf Bindig, Rainer Brinkmann (Detmold), Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Christel Deichmann, Peter Dreßen, Detlef Dzembitzki, Annette Faße, Iris Follak, Günter Graf (Friesoythe), Reinhold Hemker, Frank Hempel, Gustav Herzog, Iris Hoffmann (Wismar), Ingrid Holzhüter, Eike Hovermann, Barbara Imhof, Ilse Janz, Marianne Klappert, Karin Kortmann, Ute Kumpf, Werner Labsch, Tobias Marhold, Lothar Mark, Holger Ortel, Dr. Herrmann Scheer, Silvia Schmidt (Eisleben), Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Berg), Karsten Schönfeld, Reinhard Schultz, (Everswinkel) Dr. Angelica Schwall-Düren, Wieland Sorge, Antje-Marie Steen, Reinhold Strobl (Amberg), Jella Teuchner, Adelheid Tröscher, Matthias Weisheit, Dr. Norbert Wieczorek, Heino Wiese (Hannover), Dr. Wolfgang Wodarg, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Steffi Lemke, Ulrike Höfken, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/6750 –**

Gesamtwaldbericht

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die globale Zerstörung der Wälder schreitet laut Gesamtwaldbericht der Bundesregierung (2001) in erschreckendem Ausmaß fort. Am stärksten betroffen sind dabei im weltweiten Vergleich tropische Urwälder durch quantitative Waldverluste und gemäßigte sowie boreale Urwälder durch qualitative Waldverschlechterung. In den Tropen, wo sich laut Angaben der Food and Agriculture Organisation (FAO) 48 % der weltweit 3,6 Mrd. ha Wald befinden, nimmt die Waldfläche pro Jahr netto um 9 Mio. ha ab. Verrechnet man noch die Flächen, auf denen vergleichsweise intakte Wälder für die Anlage von Plantagen bzw. Sekundärwälder gerodet werden, so erhöht sich die Zahl der zerstörten Wälder auf rund 15 Mio. ha pro Jahr. Dies entspricht etwa der Gesamtfläche der Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen zusammen.

Der absolut höchste jährliche Waldflächenverlust der Tropen ist mit ca. 5,3 Mio. ha im tropischen Afrika zu verzeichnen, gefolgt vom tropischen Süd-

amerika mit 3,4 Mio. ha und den Tropenwäldern Asiens mit 2,4 Mio. ha. Bei den Wäldern der Tropen handelt es sich vorwiegend um immergrüne Feuchtwälder, zu denen auch der Regenwald Brasiliens gehört.

Die wesentliche Ursache großflächiger Zerstörung von tropischen Wäldern liegt in vorherrschenden Strukturdefiziten in vielen Ländern: Konzentration der Produktion auf Agroindustrie für landwirtschaftliche Exportprodukte zu Weltmarktpreisen als konkurrierende Flächennutzung zu Wald; Landnutzungskonflikte zwischen örtlichen, einschließlich indigenen Bevölkerungsgruppen und Holzkonzessionären; Korruption und Bestechung; Kompensation von Währungsverfall und Preisverlusten durch stark erhöhte Holzeinschlags- und Exportmengen – um nur die wichtigsten zu nennen. Darüber hinaus zählen laut FAO infolge fehlender staatlicher Planung und Kontrolle illegaler Holzeinschlag und Handel mit illegalen Ressourcen zu den derzeit weltweit drängendsten Problemen bei der globalen Walderhaltung.

Auch das globale Konsumverhalten beeinflusst indirekt die Waldvernichtung: So hat durch steigende Nachfrage nach Pflanzenölen und eiweißreichen Futterpflanzen für Tierhaltung die Sojaproduktion in den letzten zehn Jahren um 50 % zugenommen. Brasilien und Argentinien verdoppelten bzw. verdreifachten in zwanzig Jahren ihre Anbaumenge – auf Kosten von Waldflächen. Naturwälder wurden gerodet und wichen Plantagen und Ackerflächen. Hauptabnehmer von Sojabohnen sind zu einem Viertel europäische Staaten.

Die letzten Urwälder, rund ein Fünftel ihrer ursprünglichen Fläche, beherbergen etwa zwei Drittel aller landlebenden Pflanzen und Tiere. Die Folgen anhaltender Waldvernichtung machen sich durch Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten, Bodenerosion und Freisetzung von 1 bis 2 Mrd. Tonnen Kohlenstoff pro Jahr bemerkbar, was etwa 10 bis 20 % des anthropogenen Treibhauseffekts entspricht.

Die Schadensursachen in den heimischen Wäldern, die rund 30 % der Gesamtfläche Deutschlands (10,7 Mio. ha) einnehmen und die die bedeutendsten naturnah genutzten Lebensräume bilden, liegen vor allem in Schadstoffimmissionen, fortschreitender Bodenversauerung, Ozonbelastung und globaler Klimaveränderung. Darüber hinaus wird das Ökosystem Wald durch Verkehrswegebau und Zersiedlung gestört bzw. zerstört.

Luftverunreinigungen mit potentiell toxischen und säurebildenden Eigenschaften haben auf die Vitalität der Waldbestände und der Böden in Deutschland sowie auf ihre nachhaltige Entwicklung schädigenden Einfluss. Hauptquellen für Luftschadstoffe sind Industrieanlagen, Kraftwerke, Auto- und Lkw-Verkehr, Haushalte sowie Landwirtschaft insbesondere durch Ammoniak aus der Intensivtierhaltung.

Zu den Folgen der Luftverunreinigungen zählen Veränderungen der biologischen Vielfalt, Nährstoffverluste und Verminderung der Baumvitalität. Für das Ökosystem Wald hat sich durch Stickstoff- und Schwefelstoffeinträge, Ozon und hohe Schwermetallgehalte ein großes Gefahrenpotential entwickelt. Dies zeigt sich auch an dem hohen Schadensniveau bei Buchen und Eichen. Auch für die vielfältigen Funktionen des Waldbodens wirkt sich der Eintrag von Luftschadstoffen gefährlich aus. Die deutschen Waldböden gehören zu den am höchsten mit Stickstoff belasteten in Europa. Auf verschiedenen Standorten befinden sie sich bereits an der Grenze ihrer Belastbarkeit, mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Grundwasserqualität.

Derzeit sind weltweit etwa 60 Mio. ha Wald nach Kriterien des Zertifizierungssystems Forest Stewardship Council (FSC) und Paneuropäischem Forst Zertifizierungssystem (PEFC) zertifiziert. Die Zertifizierung von Waldwirtschaft ist ein wichtiges Mittel zur Förderung einer ausgewogen an ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichteten Waldwirtschaft im Kampf gegen

den anhaltenden Waldverlust. Als Indikator für umweltverträgliche, wirtschaftliche und sozialverträgliche, kurz nachhaltige Waldbewirtschaftung ist sie weiter voranzubringen. Darüber hinaus können auch Verbraucherinnen und Verbraucher durch Kaufentscheidungen für glaubwürdig zertifizierte Holzprodukte eine nachhaltige Waldbewirtschaftung fördern.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

- die Politik der Bundesregierung zum Schutz der Wälder, die an den Ursachen und deren Bekämpfung ansetzt. Mit ihrem nationalen Klimaschutzprogramm (Bundestagsdrucksache 14/4729) und der Neuausrichtung der Energiepolitik auf erneuerbare Energieträger hat die Bundesregierung wirksamen Klimaschutz zu einem ihrer Hauptanliegen gemacht. Mit der Ökosteuern wurde ein wesentliches Instrument zur Reduzierung der Schadstoffemissionen geschaffen;
- das Ende Juni 2001 zwischen Bund und Ländern beschlossene Förderkonzept, das im Blick auf eine umweltfreundlichere und emissionsverringerte Tierhaltung eine stärkere Bindung der Tierhaltung an den Boden verfolgt;
- die Vorlage eines nationalen Waldprogramms und die Umstellung der Bundesforsten auf naturnahe Bewirtschaftung;
- die Anmeldung von Schutzgebieten laut Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen vom 21. Mai 1992 (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie, FFH), die großflächigen Naturräumen und zusammenhängenden Waldgebieten hohe Bedeutung verleiht. In diesem Zusammenhang und im Hinblick auf die Umsetzung von EG-Recht und die Anmeldung der FFH-Schutzgebiete begrüßt der Deutsche Bundestag die konsequente Haltung der EU-Kommission;
- die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes;
- die auf dem Ersten Deutschen Waldgipfel am 23./24. Oktober 2001 in Bonn/Bad Honnef erzielten Fortschritte, insbesondere zum Waldnaturschutz und zur internationalen Zertifizierung;
- die Bemühungen, das Internationale Büro des FSC in Bonn anzusiedeln;
- dass die Bundesregierung derzeit 310 Waldprojekte in 66 Ländern mit rund 250 Mio. DM jährlich fördert.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf der Ebene internationaler Waldpolitik

vor dem Hintergrund der Komplexität globaler Waldzerstörung mehrschichtige und möglichst global geltende Lösungsansätze zur Walderhaltung anzustreben. Diese sind von Industrieländern und Entwicklungsländern gemeinsam zu tragen. Dabei ist vorrangig auf die Umsetzung des Prinzips der Nachhaltigkeit bei der Bewirtschaftung aller Wälder hinzuwirken. Dies ist sowohl für globale Ziele im Interesse aller von Bedeutung – Erhaltung des Weltklimas, der biologischen Vielfalt, Bekämpfung der Wüstenbildung und Vorbeugung vor umweltbedingten Migrationsbewegungen – als auch für die betroffenen Länder selbst.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf der Ebene internationaler Waldpolitik ihren Handlungsspielraum zu nutzen, um

- sich im Nachfolgeprozess der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio (UNCED) aktiv in die internatio-

nale Walddebatte einzubringen, insbesondere auf die rasche Umsetzung bisheriger Beschlüsse durch nationale Waldprogramme hinzuwirken;

- einen Schwerpunkt auf den Erhalt der letzten großen Urwaldgebiete im Waldarbeitsprogramm der 6. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention (CBD), das im April 2002 in den Haag verabschiedet werden soll, zu legen und damit den Empfehlungen des Waldgipfels zu folgen;
- sich für ein internationales Schutzgebietssystem insbesondere für Urwälder einzusetzen. Die Ausweisung und das langfristige Management von Waldschutzgebieten in Waldregionen mit weltweiter Bedeutung für den Erhalt biologischer Vielfalt sollte für die Waldpolitik Deutschlands von großer Bedeutung bleiben;
- wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung des Handels von illegal geschlagenem Holz (Zertifizierung, Chain of custody Zertifizierung, staatliche Kontrolle) zu ergreifen;
- weiterhin finanzielle Mittel für Waldprojekte in Entwicklungsländern zur Umsetzung der für den Waldschutz relevanten Abkommen und Vereinbarungen sowie für internationale Waldforschungsprojekte und Forschungskooperationen bereitzustellen;
- dazu beizutragen, dass bei der Erzeugung von Agrarprodukten und Rohstoffen in Industrie- und Entwicklungsländern international zu vereinbarenden Umwelt- und Sozialstandards eingehalten werden. Die Produzentenländer sind bei der Erreichung und Einhaltung solcher Standards zu unterstützen;
- den Aufbau einer dauerhaften und verlässlichen Verwaltung in den Entwicklungsländern zu unterstützen, um Umsetzung und Kontrolle der angestrebten Ziele und Maßnahmen auf lange Sicht zu gewährleisten.

2. auf der Ebene nationaler Waldpolitik

allen Maßnahmen zur Luftreinhaltung weiterhin höchste Priorität einzuräumen. Hierbei sind sowohl internationale Übereinkommen von Bedeutung als auch die Fortsetzung der laufenden nationalen Maßnahmen mit dem Ziel einer dauerhaften Emissionssenkung.

In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung aufgefordert,

- die „neuartigen Waldschäden“ im Rahmen des forstlichen Umweltmonitoring sowie von Forschungsvorhaben zu überwachen und die Anstrengungen zur Reduktion und Beseitigung der „neuartigen Waldschäden“ zu verstärken;
- eine interdisziplinäre Waldschadensforschung durch Bund und Länder zu fördern;
- sich für die Einrichtung eines Nationalparks im bodensauren Mittelgebirge für die den mitteleuropäischen Naturraum prägende Baumart Buche einzusetzen;
- auf die Umsetzung des Ende Juni 2001 zwischen Bund und Ländern beschlossenen Förderkonzepts, das im Blick auf eine umweltfreundlichere und emissionsverringerte Tierhaltung eine stärkere Bindung der Tierhaltung an den Boden verfolgt, hinzuwirken;
- sich weiterhin für eine auf Abgas- und Lärm-Emissionsminderung ausgerichtete Verkehrspolitik einzusetzen;

- im Rahmen der Neuausrichtung der Agrarpolitik durch Stärkung der heimischen Futtergrundlagen einen Beitrag zum Erhalt der Wälder zu leisten;
- sich dafür einzusetzen, dass die herausragende ökologische Bedeutung großflächiger intakter Naturräume und zusammenhängender Waldgebiete in Deutschland bei der Planung und Umsetzung von Verkehrsprojekten, Siedlungsvorhaben und anderen Großprojekten deutlich stärker als in der Vergangenheit berücksichtigt wird.

Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, auf der Ebene nationaler Waldpolitik ihr Augenmerk besonders auf die Förderung folgender Bereiche zu richten:

3. Zertifizierung von Wald als Indikator für nachhaltige Waldnutzung

Der Deutsche Bundestag erkennt an, dass der internationale Ansatz des FSC am ehesten geeignet ist, um der Waldzerstörung in den Naturwäldern vieler Entwicklungsländer und borealer Regionen entgegenzuwirken. Auch für die Wälder in Deutschland ist die FSC-Zertifizierung, wie der Deutsche Forstwirtschaftsrat (DFWR) auf dem Ersten Deutschen Waldgipfel erklärt hat, für Waldbesitzer aller Arten vollauf geeignet. Im Vergleich zu konkurrierenden Zertifizierungssystemen liegt der Vorteil des FSC in seiner Internationalität, seiner Unabhängigkeit, seinem stringenten und einheitlichen Kontrollsystem, den eingegangenen Verpflichtungen sowie dem umfassenden partizipativen Ansatz nach global vergleichbaren Kriterien für nachhaltige Bewirtschaftung von Wald, was ihm die breite Unterstützung durch Umwelt- und Sozialverbände sichert.

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

- durch nationale politische Richtungsentscheidungen, aktive Beteiligung an der Diskussion in internationalen Gremien sowie gezielte Projektförderung ihre Bemühungen fortzusetzen, die Umsetzung der freiwilligen Zertifizierung von Holz aus Waldnutzung voranzutreiben;
- über die problematische Entwicklung des Raubbaus an Wäldern der Tropen und borealer Regionen eine Aufklärungs- und Informationskampagne für die Verbraucher zu starten und diese mit einer entsprechenden Kampagne über eine glaubwürdige Zertifizierung zu verbinden;
- die Bundesforsten künftig nach FSC zertifizieren zu lassen;
- der Bundesstadt Bonn rechtzeitig eine geeignete Liegenschaft für die Ansiedlung des internationalen Büros des FSC zur Verfügung zu stellen;
- Anstrengungen zur Verwendung glaubwürdig zertifizierter Holz- und Papierprodukte im öffentlichen Beschaffungswesen zu unternehmen.

4. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Waldwirtschaft

Die wirtschaftliche Situation der Forst- und Holzbetriebe, die eine wichtige Rolle bei der Entwicklung ländlicher Räume und damit nicht zuletzt bei der Schaffung von Arbeitsplätzen spielen, ist zu stärken.

Vor dem Hintergrund der nach wie vor kritischen Ertragslage der deutschen Forstwirtschaft ist die Wettbewerbsfähigkeit des Rohstoffes Holz und die Ausweitung der Holzverwendung, zum Beispiel im Energiesektor, zu verbessern. Die energetische Nutzung von Biomasse im Rahmen des „Marktanzreizprogramms für erneuerbare Energien“ (MAP) ist weiterhin und verstärkt zu fördern – vom Einsatz in Holzfeuerungsanlagen bis zur Nutzung der Kraft-Wärme-Koppelung in Großanlagen insbesondere im Hinblick auf eine dezentrale Energieversorgung im ländlichen Raum.

Tatsache ist, dass in unseren Wäldern ausreichende Ressourcen vorhanden sind, um nachhaltig Rohholz sogar in steigendem Umfang bereitzustellen. Im Rahmen der Verbesserung der waldbaulichen und wirtschaftlichen Situation der Forstbetriebe sind die Mobilisierung von Einschlagsreserven im Kleinprivatwald und die Optimierung der Logistikketten von Wald zu Werk wichtige Aufgabenbereiche.

Berlin, den 22. Januar 2002

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

